

Niederschrift

zur 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 23.02.2017	18.30-20.39 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Stephan Wende ,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Petra Schumann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph , Janett Seiler ,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Elke Wagner ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Sylvaine Meister , Anne-Gret Trilling entschuldigt, Christfried Tschepe ,

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom entschuldigt, Gerold Sachse entschuldigt,

CDU/FDP-Fraktion

Reinhard Ksink entschuldigt, Rolf Hilke entschuldigt

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher entschuldigt,

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch entschuldigt, Stefan Sarrach entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt, Lars Aulich entschuldigt,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt die Anwesenden recht herzlich.

Zu Beginn der Sitzung wird der verstorbene Maria Meinel mit einer Schweigeminute gedacht.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 21 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Bezugnehmen auf die IV/450 (Fortgang des Berufungsverfahrens zum Grundstück ehem. Café Dondé), die im Hauptausschuss behandelt wurde, stellt die BFZ-Fraktion den Antrag, dieses Thema nochmals im nichtöffentlichen Sitzungsteil der STVV aufzugreifen. Ein entsprechender Antrag der BFZ-Fraktion liegt allen Abgeordneten vor.

Der Vorsitzende lässt die Nichtöffentlichkeit der STVV herstellen, um über diesen Punkt zu befinden.

Dem Antrag wird einstimmig entsprochen. Der Antrag wird TOP 13.1

Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt wurde, wird über die weitere Tagesordnung befunden.

Der Abg. Wende beantragt, den TOP 8.1 Neuverteilung der Ausschussvorsitze zu vertagen, da sich die grundsätzliche Struktur und evtl. Ausschussneubildung in der Diskussion befindet und in der AG Überarbeitung Hauptsatzung und GeschO beraten werden sollte.

Der Abg. Fischer spricht dagegen, bezieht sich auf die Brandenburgische Kommunalverfassung und legt Wert auf die Feststellung, dass die Neuverteilung in der heutigen Sitzung stattfinden muss. Aufgrund der unterschiedlichen Meinungsäußerungen beantragt der Abg. Wende schließlich, die Sitzung für eine kurze Beratungspause zu unterbrechen.

Dem wird entsprochen und die Abgeordneten ziehen sich für eine Beratung zurück.

Die Sitzung wird um 18.51 Uhr fortgesetzt, und es wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Zustimmung Ja 19 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 29. Sitzung vom 26.1.2017

Zustimmung Ja 18 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass vor der STVV am 30.03.2017 um 17.00 Uhr die Einweihung einer neuen roten Tafel in der Dr. Wilhelm-Külz-Straße 28 (ehem. Stasi-Zentrale) stattfindet. Dazu wird auch die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe anwesend sein.

Er informiert weiterhin, dass ihm umfangreiche Vorschläge zur Überarbeitung der Hauptsatzung

bzw. Geschäftsordnung zugegangen sind. Herr Teichmann schlägt vor, diese in einer Arbeitsgruppe zu sichten und zu diskutieren. In den nächsten Tagen werden dazu Terminvorschläge unterbreitet.

TOP 5.1 Vorbereitung der Einwohnerversammlung 14. März und am 29. März - Vorschlag und Beschluss zur Moderation

Für die bevorstehenden Einwohnerversammlungen, den Bürgerdialog in den Stadt- und Ortsteilen war es ursprünglich die Idee, diese jeweils durch eine Fraktion moderieren zu lassen. Die CDU/FDP-Fraktion vertritt aber die Auffassung, dass diese Aufgabe der Bürgermeister wahrnehmen sollte. Abg. Lehmann stellt den Antrag, dass der Bürgerdialog durch Herrn Hengst moderiert wird und jeweils ein Fraktionsvertreter im Podium Platz nehmen sollte.

Der Abg. Wende formuliert die Einschränkung, dass das INSEK mit allen Ideen und Vorschlägen als Thema von den Einwohnerversammlung abgetrennt und dafür eine separate Versammlung stattfinden wird. Diese Auffassung teilen die Abgeordneten, deshalb wird festgelegt, dass Thema grundsätzlich zu trennen.

Dem Antrag der Abg. Lehmann wird mehrheitlich mit 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen entsprochen.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister verzichtet auf Informationen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Engel, Anwohner des Altstädter Platzes, spricht zur dort südlich des Altstädter Platzes vorgesehenen Bebauung und fragt, warum mehrgeschossige Mehrfamilienhäuser in der Innenstadt entstehen sollen. Der ursprünglich gefasste Beschluss aus dem Jahre 2014 sah eine Einfamilienhausbebauung vor. Er möchte wissen, warum die Bebauung nunmehr geändert werden soll.

Herr Tschepe nimmt dazu Stellung und erläutert, dass man sich in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung befinde. Im Laufe dieses Verfahrens können sich durchaus Ziele ändern. In Fürstenwalde wurden in den letzten Jahren verstärkt Wohnungen in der Innenstadt nachgefragt. Sowohl Investoren als auch potentielle Käufer oder Mieter haben sich dafür interessiert. Wie hoch die Häuser werden und wie viele gerade am Altstädter Platz errichtet werden könnten, wird gerade untersucht. Dafür wird ein Verkehrsgutachten für den gesamten Bereich südwestlich der Dr.-W.-Külz-Straße (Verkehrsaufkommen, Verschattung, städtebauliche Struktur der Umgebung etc.) erstellt. Die abschließende Entscheidung steht noch aus. Zum gegebenen Zeitpunkt wird diese Thematik wieder im Stadtentwicklungsausschuss aufgegriffen.

Hintergrund der BPlan-Änderung für die Bebauung Henry-Hall, so ergänzt Herr Tschepe weiter, war die nicht realisierbare Tiefgarage. Deshalb müssen die Stellplätze oberirdisch ausgewiesen werden und deshalb wurde die Bebauungsdichte reduziert.

Der Abg. Wende betont, dass man sich in einem Entscheidungsprozess befinde. Wenn die Prüfaufträge abgearbeitet sind und vorliegen, müsse man sich wieder gemeinsam über die weitere Vorgehensweise verständigen.

Herr Engel bittet ebenso, dass man weiterhin im Gespräch bleiben sollte und einen Konsens erarbeitet müsse, mit dem sich die Mehrheit identifiziert.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Neuverteilung der Ausschussvorsitze

Den ersten Zugriff hat die CDU/FDP-Fraktion.

Sie entscheidet sich für den Ausschuss für Kultur, Soziales, Sport und Gleichstellungsfragen. Ausschussvorsitzende bleibt Karin Lehmann.

Den nächsten Zugriff hat die BFZ-Fraktion.

Sie entscheidet sich für den Stadtentwicklungsausschuss. Der Vorsitzende wird Kai Hamacher.

Als nächstes entscheidet das Losverfahren über den Zugriff auf den Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt. Dieser Ausschuss fällt an die SPD-Fraktion. Der Vorsitzende bleibt Sebastian Rausch.

TOP 8.2 Einbringung von Anträgen durch die Fraktionen

Die CDU/FDP-Fraktion bringt einen Antrag zur Umverlegung der Bushaltestelle Rotkelchenweg ein und bittet um Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

TOP 8.3 Vorfahrt für Busse und Taxis am Bahnhof

6/AN/410

Dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE. wurde am 14.02.2017 erneut im Stadtentwicklungsausschuss beraten. Dabei konnte aufgrund der nicht zufriedenstellenden Antworten der Verwaltung keine Empfehlung an die STVV erarbeitet werden. Vielmehr wurde verabredet, dass die Verwaltung heute in der STVV nochmals auf die Fragestellungen eingehen und sie beantworten sollte.

Der Abg. Wende betont die äußerst prekäre Situation am Bahnhof und schildert, dass Senioren und die, die auf einen Rollator angewiesen sind, oftmals kaum aus den Bussen aussteigen können. Er bittet, zumindest kurzfristig Fahrbahnmarkierungen festzulegen, um die Busparkplätze deutlich auszuweisen. Außerdem soll beim Straßenverkehrsamt ein Antrag gestellt werden, das Kurzzeitparken wieder abzuschaffen.

Herr Tschepe trägt vor, dass bereits einige Vorschläge oder Prüfungen in den vergangenen Jahren (Tempo 30 in der zum Bahnhof führenden Straße, Taxiwartezone erweitert (vor Pfennigland) Flächenankauf von der DB in die Wege geleitet, bessere Tunnelbeleuchtung angebracht, Busangebot auf der Linie 1 erweitert) umgesetzt wurden.

Andere Anregungen oder Hürden konnten, so Herr Tschepe weiter, nicht oder nicht ohne weiteres genommen werden (BPlan-Änderung erforderlich, Fördermitteleinsatzzeit abwarten, langfristige Verträge aufkündigen, Markierungsarbeiten, wenn die Witterung dies wieder zulässt). Er berichtet u.a. noch, dass Herr Spitzer, ein Verkehrssicherheitsauditor, die Situation im Hinblick auf verkehrrechtliche als auch bauliche Maßnahmen in den nächsten 2 Monaten analysieren wird und aufgrund auch seiner Erfahrungen in anderen Kommunen noch Hinweise und Anregungen geben kann, um langfristig eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen.

Herr Wende kann sich mit den Ausführungen nicht zufriedengeben. Er fordert eine sofortige Fahrbahnmarkierung und konkretisiert seinen Antrag dahingehend, dass umgehend ein Antrag auf Ausweisung von Busparkplatzflächen als Straßenmarkierung beim Straßenverkehrsamt gestellt wird und gleichzeitig eine Reduzierung der momentan vorhandenen Kurzzeitparkplätze vorzunehmen. Dieser Anregung schließen sich auch andere Abgeordnete an. Der Abg. Hemmerling beantragt u.a.

dann auch die Kontrolle der Einhaltung dieser Regelung (inkl. des rechtswidrigen Parkens auf dem Busparkplatz auf der Nordseite).

Dem Antrag des Abg. Wende wird einstimmig bei 3 Enthaltungen zugestimmt.
Die Ergänzungen des Abg. Hemmerling werden ebenfalls einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen.

TOP 8.4 Benennung eines Integrationsbeirates

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales, Sport und Gleichstellungsfragen führt aus, dass sich 9 Einwohnerinnen und Einwohner für eine Mitwirkung im Integrationsausschuss interessieren und im Ausschuss vorgestellt haben.

Frau Rania Harami ist zur heutigen STVV anwesend und stellt sich auch kurz vor.

Gemäß der Hauptsatzung § 6, Abs. 3 können 7 Mitglieder in den Integrationsbeirat berufen werden. Der Ausschuss hat sich deshalb auf die nachfolgenden Personen verständigt.

Agnieschka Meise, Polen

George Marta, Syrien

Mohammed Bilal, Syrien

Mohamed Salah

Pascal Moussan

Rania Harami, Palestinänerin aus Syrien mit dt. Staatsbürgerschaft

Issra Al Shabiri, Irak

Frau Sabrin El-Cheich Youssef und Frau Myriam Kalipke, die sich im Fachausschuss auch vorgestellt hatten, sollen den Beirat ehrenamtlich unterstützend begleiten, jedoch nicht berufen werden.

Der Abg. Rudolph möchte wissen, warum über die nominierten Kandidaten in nichtöffentlicher Sitzung befunden worden und warum gerade diese 7 Personen empfohlen werden.

Die Abg. Wagner legt Wert auf die Tatsache, dass in der Nichtöffentlichkeit sehr persönliche Aspekte diskutiert wurden. Außerdem verfügen alle vorgeschlagenen Personen über einen Migrationshintergrund, der sie insbesondere für eine Mitarbeit im Beirat befähigt. Frau Youssef ist für die Stadt als Dolmetscherin tätig und Frau Kalipke verfügt über keine Migrationshintergrund.

Der Abg. Rudolph kritisiert die durchgeführte nichtöffentliche Diskussion und beharrt auf seinem Standpunkt. Dies veranlasst den Abg. Wende einen Antrag auf Ende der Debatte zu stellen. Er freut sich, dass endlich wieder ein Integrationsbeirat agieren möchte und bittet, die Personen nicht zu beschädigen. Er vertraut auch dem Entscheidungsvorschlag des Fachausschusses.

In seiner Gegenrede spricht der Abg. Rudolph zum Erfordernis eines transparenten Verfahrens. Weiterhin berichtet er, dass seine Fraktion u.a. zur Änderung der Hauptsatzung Vorschläge unterbreitet habe, die eine Aufstockung der Beiräte auf bis zu 11 Personen vorsieht.

Der Vorsitzende verweist auf die gültige Hauptsatzung, die nur 7 Personen zulasse.

Dem Antrag auf Ende der Debatte wird mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Der Integrationsbeirat wird wie vom Fachausschuss empfohlen bestätigt.

Zustimmung Ja 20 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Abschließend folgen zwei persönliche Erklärungen. Die Abg. Fiedler findet es erschreckend, wie hier mit den Voten des Fachausschusses und vor allem mit den Menschen umgegangen wird.

Abg. Seidler legt Wert auf die Feststellung, dass über die Köpfe der interessierten Beiratskandidaten hinweg entschieden wurde und diese von der Beratung ausgeschlossen wurden.

TOP 8.5 Feststellung des Jahresabschlusses 2014; hier: Fürstenwalder Sport- 6/DS/443 und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2014 fest.

Zustimmung: 22 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Bürgermeister für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung zu erteilen.

Zustimmung: 18 Ja 2 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag von 288.008,47 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zustimmung: 21 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH, Eisenhüttenstadt, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2015 zu beauftragen

Zustimmung: 21 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

TOP 8.6 Wirtschaftsplan 2017; hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb 6/DS/440

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den in der Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2017 der Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen – Kommunalen Eigenbetrieb.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.7 Bestellung eines Aufsichtsratsmitgliedes für die Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH 6/DS/441

Abg. Rudolph fragt, was die Fraktion bewegt hat, Herrn Henkel vorzuschlagen und wodurch dieser für das Amt prädestiniert sei. Der Abg. Henkel führt selbst aus, dass er über 36 Jahre ein Unternehmen mit 25 Angestellten geleitet und dabei betriebswirtschaftliche Kenntnisse erworben habe.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beruft Herrn Eberhard Henkel in den Aufsichtsrat der Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH.

Zustimmung Ja 19 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2013; hier Städtischer Betriebshof 6/DS/444 Fürstenwalde - Kommunalen Eigenbetrieb

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss des Städtischen Betriebshofes Fürstenwalde – Kommunalen Eigenbetrieb zum 31.12.2013 fest.

Zustimmung: 21 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Werkleiterin Sonnhild Müller für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung zu erteilen.

Zustimmung: 20 Ja 2 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag von 201.459,23 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zustimmung: 21 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 die Münzer & Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH, Eisenhüttenstadt, zu beauftragen.

Zustimmung: 21 Ja 0 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

TOP 8.9 Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der 6/DS/445 Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree

Die FBL Bürgerdienste, Frau Meister, erläutert den Sachverhalt und die Satzung.

Die durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen hat die Verwaltung nach bestem Wissen dargestellt, denn hier handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der in der Rechtsprechung noch nicht ausformuliert ist. Es gab zwar zu dieser Problematik Verfahren vor dem Verwaltungsgericht und vor dem Oberverwaltungsgericht, diese haben sich jedoch nicht inhaltlich mit diesem Punkt auseinandergesetzt.

Die Abmeldung vom Kita-Essen bei Krankheit oder aus sonstigen Gründen soll über die Kindereinrichtungen laufen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Rückverweisung in die Ausschüsse und begründet das mit der noch nicht juristisch geprüften Formulierung der ersparten Eigenaufwendungen. Abg. Zänker vertritt die Auffassung, dass es hier um die ersparten Aufwendungen der Eltern geht. Die Kalkulation der Verwaltung sieht noch einige Positionen vor, die den Eltern nicht ohne weiteres plausibel gemacht werden können.

Die Nachfrage der Abg. Fiedler zur Anerkennung der Monatspauschale durch das Amt für Grundsicherung beantwortet Frau Meister. Hier sei man noch in der Verhandlung, das Ergebnis schlage sich

aber nicht auf die rechtliche Regelung in der Satzung nieder.

Abg. Dippe dankt Frau Meister und Herrn Politz für den intensiven Austausch zur Satzung und vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung einen Rechenweg vorschlägt, wie es auch die Liga der freien Wohlfahrtspflege empfiehlt, und der nachprüfbar ist. Aber nach wie vor stellt sich die Frage, ob die Beschaffung geringfügiger Wirtschaftsgüter Betriebskosten sind und herausgerechnet gehören. Des Weiteren sollte geprüft werden, ob die Betriebskosten beim Caterer herausgerechnet werden müssten. Er bittet, diese Fragen bis zur Rechtskraft der Satzung zu prüfen.

Der Abg. Wende vertritt die Meinung, dass über die Satzung sehr ausführlich in den Ausschüssen und Fraktionen debattiert wurde. Der vorliegende Vorschlag bietet eine gute und faire Lösung. Wenn, so Wende weiter, die Fraktion trotzdem nicht geschlossen zustimmt, dann ist dies vor allem darin begründet, dass die Mittagsversorgung in den Kitas und Schulen grundsätzlich kostenfrei, regionaler und gesünder sein sollte.

Frau Meister verweist darauf, dass weitere Recherchen in kurzer Zeit bestimmt zu keinen neuen Erkenntnissen führen werden. Vielmehr ist die Verwaltung bemüht, die Qualität des Essens zu verbessern und eine neue Ausschreibung vorzubereiten. Insofern wird es auch erforderlich sein, die Satzung in ca. einem Jahr nochmals anzufassen.

Der Antrag von Herrn Zänker wird mit 2 Ja- und 18 Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nunmehr wird über die Satzung abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree.
2. Der Preis für das Mittagessen in Grundschulen in städtischer Trägerschaft wird auf 1,84 € je Portion festgesetzt.

Zustimmung Ja 20 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

**TOP 8.10 Bebauungsplan Nr. 58 "Gewerbegebiet Hegelstraße", 1. Änderung 6/DS/446
hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2
BauGB**

Es gibt keinen Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58 "Gewerbegebiet Hegelstraße" in der Fassung 02.02 2017 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Es gibt keinen Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in Fürstenwalde-Süd gelegenen, in der Anlage gekennzeichneten Privatweg entsprechend des Mehrheitsvotums der Weegeigentümer in **Heckenweg** zu benennen.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, für das Sportentwicklungskonzept/Ergebnisse der Bestandserhebung eine gesonderte gemeinsame Beratung von Kultur- und Sozialausschuss mit dem Stadtentwicklungsausschuss durchzuführen. Als Termin wird Montag, der 10.04.2017 vorgeschlagen.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Auf die Nachfrage des Abg. Fischer zum Weg Onkel Tom's Hütte berichtet der Bürgermeister, dass das Urteil schriftlich noch nicht vorliegt. Wenn das der Fall ist, wird die Beräumung des Weges veranlasst.

Auf die Frage des Abg. Rudolph zum städtischen Haushalt berichtet Herr Dr. Fehse, dass die Änderungen aktuell zum 22.03.2017 im Hauptausschuss vorgelegt werden.

Auf die Nachfrage des Abg. Rudolph, ob der Ausbau der Bahnhofstraße bis Poststraße noch gestoppt werden kann berichtet Herr Tschepe, dass der Auftrag ausgelöst wurde. Federführend ist der Landesbetrieb für Straßenwesen.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20.39 Uhr. Er bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin